

Verfahrensbedingungen
im Verhandlungsverfahren
mit europaweitem Teilnahmewettbewerb

für den

Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek)

Vergabe von Prozess- und Organisationsberatungsleistungen
und Maßnahmenumsetzung in ambulanten Pflegediensten
(Los 2)



Teil A: Verfahrensbedingungen – Los 2

A. Auftraggeber, externe Unterstützung.....	2
B. Vergabeunterlagen	2
C. Vergabeverfahrensart.....	3
D. Ablauf des Vergabeverfahrens	4
E. Zeitplan und Fristen des Vergabeverfahrens	4
F. Elektronische Abwicklung	6
G. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung.....	6
H. Verfahrenssprache	7
I. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit.....	7
J. Datenschutz	8
K. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit.....	8
L. Nutzung von generativer KI	8
M. Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten.....	9
N. Eignungskriterien, Nachweise.....	10
O. Auswahl der Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden	10
P. Nachunternehmer.....	10
Q. Bewerber-/Bietergemeinschaften.....	11
R. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen.....	11
S. Anforderungen an die Teilnahmeanträge und Angebote.....	11
T. Zuschlagskriterien, Höchstpreis, Vertragsschluss.....	12
U. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren	12

A. Auftraggeber, externe Unterstützung

Die Vergabe der Rahmenvereinbarung im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) über die Durchführung von Prozess- und Organisationsberatungsleistungen erfolgt in zwei Losen.

Gegenstand des vorliegend maßgeblichen **Los 2** ist der Abschluss einer Rahmenvereinbarung im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) über die Durchführung von Prozess- und Organisationsberatungsleistungen und Maßnahmenumsetzung in ambulanten Pflegediensten.

Die Durchführung von Prozess- und Organisationsberatungsleistungen in Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen ist Gegenstand des separaten **Los 1**.

Für Einrichtungen, die eine Mischform aus Krankenhaus, (teil-)stationärer Pflegeeinrichtung oder ambulantem Pflegedienst aufweisen, erfolgt die Zuordnung zu einem der Lose nach der überwiegenden Anzahl der in den Teilbereichen eingesetzten Beschäftigten.

Auftraggeber im Rahmen dieses Vergabeverfahrens sind die Ersatzkassen

- Techniker Krankenkasse (TK)
- BARMER
- DAK-Gesundheit
- Kaufmännische Krankenkasse – KKH
- Handelskrankenkasse (hkk)
- HEK – Hanseatische Krankenkasse

vertreten durch den

**Verband der Ersatzkassen e. V., Askanischer Platz 1, 10963 Berlin,
als gemeinsamer Bevollmächtigter mit Abschlussbefugnis
(vdek – im Folgenden „Auftraggeber“)**

Der Auftraggeber wird von der GvW Graf von Westphalen | Rechtsanwälte Steuerberater Partnerschaft mbB, Königsallee 61 – Köblich, 40215 Düsseldorf im Rahmen des Vergabeverfahrens unterstützt. Die von Unternehmen im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen werden deshalb neben Beschäftigten des Auftraggebers auch den Mitarbeiter:innen der Rechtsanwaltskanzlei zugänglich gemacht. Die Mitarbeiter:innen unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Bieter:innen und hinsichtlich der Inhalte der Angebote von Berufs wegen einer umfassenden Verschwiegenheitspflicht.

B. Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt für Los 2 die folgenden Unterlagen zur Verfügung (Änderungen und Ergänzungen im Laufe des Verfahrens bleiben vorbehalten):

- Teil A: Verfahrensbedingungen – Los 2, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage A.01 – Eignungs- und Auswahlkriterien – Los 2
 - o Anlage A.02 – Zuschlagskriterien – Los 2
 - o Anlage A.03 – Informationen zum Datenschutz
- Teil B: Leistungsbeschreibung – Los 2, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage B.01: Rahmenvereinbarung über Beratungsleistungen – Los 2
 - o Anlage B.02: Auftragsverarbeitungsvertrag
 - o Anlage B.03: Leitfaden Prävention nach § 20b i. V. m. § 20 SGB V
- Teil C: Teilnahmeantrag – Los 2, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage C.01 Checkliste von den Bewerbern einzureichenden Unterlagen
 - o Anlage C.02 Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
 - o Anlage C.03 Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Referenzen
 - o Anlage C.04 Bewerbergemeinschaftserklärung
 - o Anlage C.05 Nachunternehmererklärung
- Teil D: Angebotsschreiben – Los 2, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage D.01 Checkliste von den Bietern einzureichenden Unterlagen
 - o Anlage D.02 Bietergemeinschaftserklärung
 - o Anlage D.03 Nachunternehmererklärung

Unternehmen haben sich **unmittelbar** nach dem Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern und diese auch auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen. Bestehen nach Auffassung eines Unternehmens in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können.

Der Auftraggeber stellt Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens **ausschließlich** in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, haben Unternehmen den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die betreffenden Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut zur Verfügung gestellt. Unternehmen sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Unterlagen vollständig und die Dateien zu öffnen sind.

C. Vergabeverfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als EU-weites Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 119 Abs. 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und § 17 der Vergabeverordnung (VgV) durchgeführt.

D. Ablauf des Vergabeverfahrens

Als erste Stufe des Vergabeverfahrens führt der Auftraggeber einen öffentlichen **Teilnahmewettbewerb** durch, in welchem er auf Basis der in der **Auftragsbekanntmachung sowie in Anlage A.01, Abschnitt A** genannten Kriterien jene Unternehmen auswählt, die er zur Abgabe von Erstangeboten und zu Verhandlungen auffordert. **Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs werden keine Angebote abgegeben.**

In der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens fordert der Auftraggeber die über den Teilnahmewettbewerb ausgewählten Unternehmen unter Fristsetzung zur Abgabe eines Erstangebotes auf (**Angebotsphase**). Im Rahmen der anschließenden **Verhandlungsphase** kann der Auftraggeber mit den Bietern über die Leistungsinhalte, Preise und Vertragsbedingungen unter Beachtung der Gebote von Transparenz und Gleichbehandlung verhandeln. **Der Auftraggeber behält sich gemäß § 17 Abs. 12 Satz 1 VgV vor, die Verhandlungen in verschiedenen Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der Zuschlagskriterien – Los 2 (Anlage A.02) zu verringern.**

Nach Beendigung der Verhandlungsphase bittet der Auftraggeber die Bieter um Abgabe verbindlicher, finaler Angebote. Bis zur finalen Angebotsabgabe kann im Rahmen der Verhandlungsphase über Leistungen, Preise und Vertragsbedingungen verhandelt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, unter Berücksichtigung der Verhandlungen Änderungen am Leistungsinhalt und den vertraglichen Regelungen vorzunehmen.

Die finalen Angebote werden unter Berücksichtigung der **Zuschlagskriterien – Los 2 (Anlage A.02 – Los 2)** gewertet und eine Rangfolge der Bieter gebildet. Der Auftraggeber wird bis zu 3 Zuschläge auf die Angebote mit den höchsten Gesamtpunktzahlen nach diesen Kriterien erteilen.

E. Zeitplan und Fristen des Vergabeverfahrens

Der Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge (**Teilnahmeantragsfrist**) richtet sich nach den Angaben **in Ziffer IV.2.2) der Auftragsbekanntmachung**. Fragen innerhalb des Teilnahmewettbewerbs (siehe dazu I.) sind bis spätestens **acht Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist** zu stellen, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 VgV beantworten kann.

Der Auftraggeber beabsichtigt nach derzeitiger Planung, an dem in **Ziffer IV.2.3) der Auftragsbekanntmachung** genannten Tag die Aufforderungen zur Abgabe von Erstangeboten an die ausgewählten Bieter:innen zu versenden. Der Auftraggeber behält sich vor, diesen Zeitpunkt bei Bedarf zu verschieben. **Bewerber:innen müssen grundsätzlich zu jedem Zeitpunkt nach Ablauf der Teilnahmeantragsfrist damit rechnen, zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert**

zu werden, ggf. auch vor oder nach dem in Ziffer IV.2.3) der Auftragsbekanntmachung genannten Tag.

Mit der Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten wird der Auftraggeber den Schlusstermin für den Eingang der Angebote (**Angebotsfrist**) bekanntgeben. Die Länge der Frist richtet sich dabei nach § 17 Abs. 6 bis 9 VgV. Fragen innerhalb der Angebotsphase (siehe dazu I.) werden bis spätestens **acht Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** zu stellen sein, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 VgV beantworten kann.

Die Verhandlungsgespräche sollen zwischen dem 20.07.2026 und 22.07.2026 in Berlin stattfinden. Die Bewerber:innen werden gebeten, diese Termine jetzt schon zu notieren und entsprechend einzuplanen!

Sollten besondere Umstände die Durchführung persönlicher Verhandlungstermine nicht zulassen, behält sich der Auftraggeber die Durchführung dieser Termine als Video- oder Webkonferenz vor.

Die vorstehenden Termine sind unverbindlich; sie können durch den Auftraggeber entsprechend dem Verlauf des Vergabeverfahrens angepasst werden.

Bitte beachten Sie, dass die Präsentation des Angebots im Verhandlungstermin zwingend durch die vorgesehene Projektleitung und die stellvertretende Projektleitung erfolgen muss.

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Präsentation und die Verhandlung durch andere Personen abzulehnen, wenn eine Verhinderung nicht mit zwingenden Gründen entschuldigt werden kann. Der Auftraggeber kann entsprechende Nachweise fordern.

Die für die Abgabe von Folgeangeboten bzw. des finalen Angebots im Rahmen der Verhandlungsphase geltenden Fristen wird der Auftraggeber im Einzelfall unter Beachtung der Gebote von Transparenz und Gleichbehandlung festlegen und den Bieter:innen mitteilen.

Bieter:innen sind bis zum Ablauf des **in Ziffer IV.2.6) der Auftragsbekanntmachung** genannten Tages (**Bindefrist**) an ihr Angebot gebunden. Der Auftraggeber behält sich bei Bedarf vor, im Rahmen der Abgabe von Folgeangeboten bzw. des finalen Angebots neue Bindefristen festzulegen oder bei Bedarf Bieter:innen um Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist zu bitten.

Nach Abschluss der Angebotswertung wird der Auftraggeber entsprechend § 134 Abs. 1 GWB die Bieter:innen informieren, deren Angebote nicht für den Zuschlag vorgesehen sind (**Vorabmitteilung**) und nach Ablauf der gesetzlichen **Wartefrist** gemäß § 134 Abs. 2 GWB den Zuschlag erteilen.

F. Elektronische Abwicklung

Der Auftraggeber wickelt das gesamte Vergabeverfahren in elektronischer Form über die Vergabeplattform DTVP ab. Insbesondere erfolgen die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Unternehmen sowie die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten **ausschließlich in elektronischer Form** über den Projektraum des Verfahrens. Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die E-Vergabeplattform sind für Unternehmen vollständig kostenfrei.

Zur Nutzung der Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge und Angebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich HTML- und Javascript-konforme Standardtechnologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet. Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

- Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Um sicherzustellen, dass Unternehmen automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen informiert werden und die Antworten auf Fragen anderer Unternehmen erhalten, sollten sie sich auf der Vergabeplattform für das Vergabeverfahren registrieren (freiwillige Registrierung). **Es obliegt ausschließlich dem Unternehmen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass das bei der Registrierung angegebene E-Mail Postfach kontinuierlich überwacht wird.**

Ohne Registrierung kann der Erhalt vorstehender Informationen nicht gewährleistet werden. Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig im Projektraum auf der Vergabeplattform informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. **Das Risiko, einen Teilnahmeantrag oder ein Angebot auf Grundlage veralteter Vergabeunterlagen oder Informationen abzugeben, liegt beim Unternehmen.**

G. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung

Die elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge werden innerhalb des Bietertools auf dem Rechner des Bieters (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens mit Hilfe hybrider Verschlüsselungsverfahren Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Mit

Abschluss der Übertragung wird innerhalb des Bietertools eine umfangreiche Zusammenfassung der Abgabe zum Download und weiteren Aufbewahrung zur Verfügung gestellt.

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote bzw. Teilnahmeanträge vor Ablauf der entsprechenden Frist (z.B. Angebotsfrist), ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quittungsmechanismen durch.

Der sogenannte E-Angebotservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge gegenüber der Vergabepattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotservice auf Grund der Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge zugreifen.

Erst mit Ablauf der entsprechenden Frist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechnigte Nutzer:innen der Vergabestelle innerhalb der Vergabepattform, werden die verschlüsselten elektronischen Angebote bzw. Teilnahmeanträge mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammengebracht, entschlüsselt und zur weiteren Auswertung für die Vergabestelle bereitgestellt.

H. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**. Sämtliche Kommunikation zwischen Unternehmen und dem Auftraggeber wird auf Deutsch geführt. Teilnahmeanträge, Angebote und sämtliche Unterlagen sind in deutscher Sprache zu fassen. Soweit Unterlagen in nicht-deutscher Sprache vorgelegt werden, sind deutsche Übersetzungen beizufügen, sofern der Auftraggeber hierauf nicht verzichtet; eine Beglaubigung der Übersetzung kann gefordert werden.

I. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit

Fragen innerhalb des Vergabeverfahrens können ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Projektraum der vom Auftraggeber genutzten Vergabepattform gestellt werden und werden im Rahmen von Rundschreiben über die Vergabepattform beantwortet. **Fragen, die auf anderem Wege (insbesondere telefonisch, per Fax oder E-Mail) gestellt werden, werden nicht beantwortet.** Die Fragen werden anonymisiert, gesammelt und im Rahmen von Mitteilungen an alle auf der Vergabepattform für das Verfahren registrierten Unternehmen beantwortet.

Unternehmen haben den Auftraggeber unverzüglich auf etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten oder Rechtsverstöße hinzuweisen, damit der Auftraggeber rechtzeitig und unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung aller Unternehmen angemessen reagieren kann. Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Auftragsgegenstand sind von etwaigen Rügen deutlich zu trennen.

Erkennt ein Unternehmen einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, ist dies innerhalb von 10 Tagen ab Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Unabhängig hiervon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe von Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen ebenfalls innerhalb dieser Frist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. **Werden diese Obliegenheiten nicht beachtet, ist ein Antrag auf Nachprüfung gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB unzulässig.**

Teilt der Auftraggeber auf eine Rüge eines Unternehmens mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann hiergegen ein Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer gestellt werden. Der Antrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

J. Datenschutz

Die von Unternehmen gegebenenfalls im Verlauf des Vergabeverfahrens erbetenen personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des Datenschutzrechts im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Mit der Teilnahme am Vergabeverfahren erklären sich Unternehmen hiermit einverstanden. Soweit Unternehmen im Rahmen des Vergabeverfahrens dem Auftraggeber personenbezogene Daten von Dritten (Mitarbeiter:innen, Nachunternehmer:innen, Mitglieder einer Bietergemeinschaft, Referenzgeber:innen) übermitteln, sind sie für das Vorliegen der jeweils erforderlichen datenschutzrechtlichen Einwilligung der Dritten selbst verantwortlich. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich in der **Anlage A.03**.

K. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit

Sämtliche vom Auftraggeber im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen nur zur Einreichung eines Teilnahmeantrages bzw. eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Unternehmen haben – auch nach Beendigung des Verfahrens – über alle im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren bekannt gewordenen Informationen und dienstliche Angelegenheiten des Auftraggebers Stillschweigen zu bewahren. Vorstehende Verpflichtungen erstrecken sich auch auf Nachunternehmer:innen und sonstige Dritte.

L. Nutzung von generativer KI

Die Nutzung bzw. der Einsatz von generativer KI zur und bei der Erstellung der Vergabeunterlagen ist nicht gestattet. Dies beinhaltet auch das Verbot, die durch den Auftraggeber bereitgestell-

ten Unterlagen in eine entsprechende Software bzw. auf eine entsprechende Plattform hochzuladen. Jeder Verstoß führt zum Ausschluss vom Verfahren. Weitere Vorgaben zur Nutzung bzw. zum Einsatz generativer KI finden sich in der Rahmenvereinbarung (vgl. **Anlage B.01**).

M. Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten

Für die Abgabe der Teilnahmeanträge bzw. der Angebote sind, soweit in Teil C bzw. D nichts Anderes bestimmt ist, **ausschließlich** die Formblätter in **Teil C bzw. Teil D** der Vergabeunterlagen zu verwenden.

Teilnahmeanträge und Angebote sind **ausschließlich** durch Upload digitaler Dokumente/Scans (vorzugsweise PDF-Dateien) über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform abzugeben. Andere Übermittlungswege (etwa Post, E-Mail, Fax oder eine „einfache“ Bieternachricht über das Kommunikationsmodul der Vergabeplattform) sind **nicht** zulässig und führen zum Ausschluss des Angebots (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

Für die Abgabe elektronischer Angebote bzw. Teilnahmeanträge wird innerhalb der E-Vergabeplattform ein kostenfreies Bietertool bereitgestellt. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, welche auf Ihrem Computer installiert werden muss. Die Dateien zur Installation des Bietertools werden im entsprechenden Projektraum des Vergabeverfahrens für das entsprechende Betriebssystem zum Download angeboten. Installationsroutinen stehen für Linux-, Mac-OS- und Windows-Betriebssysteme (64 und 32 Bit) zur Verfügung. Je nach Betriebsumgebung sind für die Installation der Laufzeitumgebung bzw. des Bietertools u. U. administrative Rechte erforderlich. **Unternehmen wird empfohlen, rechtzeitig vor Ablauf der jeweiligen Fristen ggf. die Installations- und Lauffähigkeit des Bietertools auf ihren Rechnersystemen zu testen.**

Die Informationen über die eigentlichen Vergabeverfahren werden über so genannte **Projektdateien** in das Bietertool transportiert. Sie laden die Projektdateien (Dateiendung: cbx) aus dem entsprechenden Projektraum herunter und führen diese aus, wodurch das Bietertool gestartet wird und die entsprechenden Informationen zum Vergabeverfahren von der Vergabeplattform heruntergeladen werden. Die lokale Installation des Bietertools stellt eine **Ende-zu-Ende Verschlüsselung** der elektronischen Angebote und Teilnahmeanträge zwischen dem Computer des Bieters und der Öffnung der Angebote und Teilnahmeanträge auf Seiten der Vergabestelle sicher.

Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge und Angebote werden nicht berücksichtigt. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der vollständige Upload über das Bietertool maßgeblich. Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote, Teilnahmeanträge, Interessenbekundungen und Interessenbestätigungen wird mit einem **qualifizierten oder einem einfachen elektronischen Zeitstempel dokumentiert**. Ist ein verspäteter Eingang nachweislich durch Umstände verursacht worden, die das Unternehmen nicht zu vertreten hat, kann auch ein verspätet eingegangener Teilnahmeantrag bzw. ein verspätet eingegangenes Angebot berücksichtigt werden. Die Darlegungs- und Beweislast hierfür liegt beim Unternehmen.

N. Eignungskriterien, Nachweise

Der Auftraggeber wird die Eignung der Bewerber:innen im Sinne von § 122 GWB anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** (insbesondere Ziffern III.1.1), III.1.2) und III.1.3)) festgelegten Kriterien prüfen. Die Kriterien sowie die zum Nachweis verlangten Unterlagen sind außerdem im Einzelnen nochmals in **Anlage A.01, Abschnitt A** dargestellt. Soweit der Auftraggeber Formblätter für die geforderten Angaben vorgibt, befinden sich diese in **Teil C** der Vergabeunterlagen.

O. Auswahl der Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden

Der Auftraggeber beabsichtigt gemäß § 17 Abs. 4 Satz 2 i. V. m. § 51 VgV **mindestens drei und maximal fünf Bewerber:innen** zur Abgabe von Erstangeboten aufzufordern. Voraussetzung hierfür ist, dass die Eignungskriterien (siehe **Auftragsbekanntmachung** sowie **Anlage A.01, Abschnitt A**) einschließlich der Mindestanforderungen erfüllt sind. Zur Auswahl der Bewerber wertet der Auftraggeber die Angaben der Bewerber im Teilnahmeantrag auf Basis der **Auswahlkriterien** (siehe **Auftragsbekanntmachung** und **Anlage A.01, Abschnitt B**) aus.

Die **drei bis fünf** Bewerber:innen mit der höchsten Gesamtpunktzahl werden – bei ansonsten nachgewiesener Eignung – zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert.

Sofern die Anzahl der Bewerber:innen, welche die Eignungskriterien erfüllen, weniger als drei beträgt, kann der Auftraggeber das Verfahren fortführen, indem er den oder die Bewerber:innen zur Abgabe von Erstangeboten auffordert, welche die Kriterien erfüllen (§ 51 Abs. 3 S. 2 VgV).

P. Nachunternehmer

Bewerber dürfen Nachunternehmer einsetzen und benennen die zu vergebenden Teilleistungen im Teilnahmeantrag (**Teil C**). Als Nachunternehmer gelten auch die im Rahmen der Leistungserbringung etwaig vorgesehenen freien Mitarbeitenden.

Wenn und soweit sie sich auf die Fachkunde, Referenzen oder die Leistungsfähigkeit dieser im Rahmen der Eignungsleihe gem. § 47 VgV berufen möchten, ist eine **Nachunternehmererklärung** unter Verwendung der **Anlage C.05** einzureichen. Jeder für die Eignung benannte Nachunternehmer muss zusätzlich die **Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Anlage C.02)** einreichen sowie alle Erklärungen und Nachweise, die für das jeweilige Eignungskriterium gefordert werden, auf das sich die Eignungsleihe bezieht.

Als Nachunternehmer gelten auch die im Rahmen der Leistungserbringung etwaig vorgesehenen freien Mitarbeitenden.

Die Fachkunde, Referenzen oder die Leistungsfähigkeit konzernverbundener Unternehmen im Sinne von §§ 15 ff. AktG werden nur zugerechnet, wenn die Vorgaben der Eignungsleihe erfüllt und nachgewiesen sind.

Q. Bewerber-/Bietergemeinschaften

Für Bewerbergemeinschaften muss ein gemeinsamer Teilnahmeantrag abgegeben werden. Der Name der Bewerbergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe **Teil C** der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer (späteren) Bietergemeinschaft eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist die Bewerbergemeinschaftserklärung (**Anlage C.04**) in von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form abzugeben.

Der Nachweis des geforderten Versicherungsschutzes als Bestandteil der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Mit Abgabe eines Erstangebotes wird die Bewerbergemeinschaft zur Bietergemeinschaft. Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebot abgegeben werden. Änderungen an der Zusammensetzung einer **Bietergemeinschaft** gegenüber der Zusammensetzung als **Bewerbergemeinschaft** sind grundsätzlich unzulässig und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen.

R. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen

Bis zum Ablauf der jeweiligen Abgabefrist sind Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen eines Teilnahmeantrages oder eines Angebotes ausschließlich über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform möglich. Das Gleiche gilt für eine eventuelle Rücknahme.

S. Anforderungen an die Teilnahmeanträge und Angebote

Teilnahmeanträge und Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Teilnahmeanträge und Angebote, die nicht die geforderten oder ggfs. nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, von Bewerber:innen bzw. Bieter:innen unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes gemäß § 56 Abs. 2 VgV Unterlagen nachzufordern. **Ein Anspruch auf Nachforderung von Unterlagen besteht jedoch nicht.**

Allgemeine Geschäfts- / Vertragsbedingungen der Bieter:innen werden **nicht** akzeptiert. Werden solche von Bieter:innen beigefügt oder wird darauf im Angebot Bezug genommen, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV). Das Gleiche gilt für Angebote, die

Vergabe von Prozess- und Organisationsberatungsleistungen im Bereich des BGM

unter Vorbehalt abgegeben werden, oder bei denen sonstige Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.

Teilnahmeanträge und Angebote müssen der **Textform gemäß § 126b BGB** entsprechen und den Namen des Erklärenden unmissverständlich erkennen lassen.

T. Zuschlagskriterien, Höchstpreis, Vertragsschluss

Die Ermittlung der für den Zuschlag in Frage kommenden Angebote erfolgt anhand der Zuschlagskriterien – Los 2 gem. **Anlagen A.02**.

Mit dem Zuschlag kommt die Rahmenvereinbarung über die Durchführung der Beratungsleistungen gemäß **Anlage B.01** (ggf. in der im Rahmen der Verhandlungsphase erstellten finalen Fassung) einschließlich des AV-Vertrages (**Anlage B.02**) mit den Zuschlagsempfänger:innen zustande. Der Vertrag wird nach Zuschlagserteilung final mit Anlagen ausgefertigt und unterzeichnet. Die Unterzeichnung hat rein deklaratorische Wirkung und dient der Dokumentation der geschlossenen vertraglichen Regelungen.

U. Vergütung für die Teilnahme am Verfahren

Der Auftraggeber gewährt keine Vergütung bzw. Kostenerstattung für die Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen und die Teilnahme am Vergabeverfahren.

Anlage A.01: Eignungs- und Auswahlkriterien

A. Eignungskriterien

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bewerber:innen anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Eignungskriterien, die hier nochmals im Überblick dargestellt werden. Soweit der Auftraggeber zur Erklärung Formblätter vorgibt, befinden sich diese in **Teil C der Vergabeunterlagen**.

Lfd. Nr.	Kriterium	Mindestanforderung
1.	Umsatz des Unternehmens	Die Mindestanforderungen an die durchschnittlichen Umsätze des Unternehmens aus Leistungen der Prozess- und Organisationsberatung im Bereich des BGM in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren können Ziff. III. 2 der Anlage C.03 entnommen werden.
2.	Haftpflichtversicherung Nachweis einer branchenüblichen Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung, (einschließlich Versicherung von Schäden aufgrund von Datenschutzverletzungen) entweder durch Deckungsbestätigung, die ausdrücklich das Risiko einer Datenschutzverletzung einschließt oder rechtsverbindliche Erklärung der Versicherung, im Auftragsfall eine entsprechende Deckung zu gewähren, und aus der sich ausdrücklich ergibt, dass das Risiko von Datenschutzverletzungen versichert ist.	Die Mindestanforderungen an die branchenüblichen Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung können Ziff. III. 1 der Anlage C.03 entnommen werden.
3.	Bei Bestehen einer Eintragungspflicht Vorlage eines Handelsregisterauszuges oder eines ähnlichen Eintragungsnachweises	

	(Ausstellungsdatum nach dem 01.04.2026 Bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied vorzulegen.	
4.	Unternehmensreferenzen	Es sind mindestens 3 Referenzprojekte für die ausgeschriebene Leistung anzugeben, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge gemäß den Anforderungen der Ziff. IV. 2 der Anlage C.03 beinhalten.
5.	Beschäftigtenzahl	Die Mindestanforderungen an die Beschäftigtenanzahl in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren können Ziff. IV. 1. a. der Anlage C.03 entnommen werden.
6.	Anzahl der erfahrenen Beschäftigten	Die Mindestanforderungen an die Anzahl der erfahrenen Beschäftigten in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren können Ziff. IV. 1. b. der Anlage C.03 entnommen werden.
7.	Beschreibung der vorhandenen Infra- und Organisationsstrukturen, der Kommunikationsprozesse	Es müssen in diesem Kriterium mindestens 20 Punkte erreicht werden (Mindestkriterium). Wird die Beschreibung der vorhandenen Infra- und Organisationsstrukturen, der Kommunikationsprozesse des Bewerbers nicht mit mindestens 20 Punkten bewertet, wird sein Teilnahmeantrag ausgeschlossen .
8.	Der Auftraggeber behält sich vor, nach Eingang des Teilnahmeantrags Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes, der Unfallversicherung und der gesetzlichen Krankenkasse, bei der die Mehrheit der Arbeitnehmer:innen des Bieters/der Bieter:in/des Mitglieds der Bietergemeinschaft versichert ist, nachzufordern (Unternehmen, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, legen Bescheinigungen des für sie zuständigen Versicherungsträgers vor).	

B. Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber:innen

Für den Fall, dass die Zahl geeigneter Bewerber:innen, die einen allen formalen und inhaltlichen Anforderungen entsprechenden Teilnahmeantrag abgegeben haben, mehr als 3 beträgt,

wird der Auftraggeber die zur Abgabe eines Erstangebots aufzufordernden Bewerber:in nach folgenden Kriterien auswählen (§ 51 Abs. 1 VgV):

Nr.	Kriterium	Bewertungsmaßstab	Bewertung
1.	Anzahl vergleichbarer Unternehmensreferenzen	Eigenerklärung zur Anzahl der vom Bewerber mit Anlage C.03 vorgelegten vergleichbaren Referenzen	<p>4 Referenzen = 5 Punkte</p> <p>5 Referenzen = 10 Punkte</p> <p>> 5 Referenzen = 15 Punkte</p> <p>Bewerber erhalten für bis zu maximal drei wertungsfähige Referenzen jeweils fünf Punkte zusätzlich, wenn in der Einrichtung des Referenzprojektes Maßnahmen zur Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) umgesetzt wurden. Maximal können somit 15 Punkte zusätzlich erzielt werden.</p>
2.	Anzahl der erfahrenen Beschäftigten	Eigenerklärung zur Anzahl der vom Bewerber mit Anlage C.03 beschäftigten Personen	<p>4 bis 15 Beschäftigte = 15 Punkte</p> <p>16 bis 25 Beschäftigte = 30 Punkte</p> <p>mehr als 25 Beschäftigte = 40 Punkte</p>
3.	Beschreibung der vorhandenen Infra- und Organisationsstrukturen, der Kommunikationsprozesse des Bewerbers/der Bewerber:in zur Erbringung bundesweiter Beratungsleistungen sowie der vorhandenen Maßnahmen zur Sicherung der Qualität eines bundesweiten Projektmanagements.	Die Bewertung erfolgt auf Grundlage der durch den/die Bewerber:in eingereichten deskriptiven/konzeptionellen Beschreibung; s. Erläuterungen im Anschluss an diese Tabelle.	<p>Maximal 30 Punkte.</p> <p>Es erfolgt eine Bepunktung entsprechend der nachfolgenden Tabelle.</p>

Die Bewertung des **Auswahlkriteriums Nr. 3** erfolgt auf Grundlage der durch den/die Bewerber:in eingereichten deskriptiven / konzeptionellen Beschreibung.

Der Auftraggeber legt dabei großen Wert auf eine vorhandene bundesweit flächendeckende, plausible sowie effizient geregelte und organisatorisch strukturierte Personalführung. Ferner sind nachvollziehbare sowie handhabbare etablierte Kommunikationsprozesse bei dem / der

Bewerber:in von besonderer Bedeutung, um eine bundesweit einheitliche Realisierung abgestimmter Beratungsansätze sicherzustellen.

Der Auftraggeber setzt hierfür im Unternehmen des / der Bewerbers / Bewerber:in eine fachliche Personalsteuerung und die Sicherstellung kompetenter Ansprechpersonen voraus und sieht in entsprechenden Strukturen überdies auch Vorteile für eine dem Wirtschaftlichkeitsgebot entsprechende Leistungserbringung. Der Auftraggeber legt bei der Umsetzung eines bundesweiten Projektmanagements großen Wert auf etablierte Maßnahmen zur Qualitätssicherung, die eine einheitliche Projektumsetzung sicherstellen. Es sind die konkreten Instrumente und Prozesse darzustellen, die dies im Unternehmen des/der Bewerber:in gewährleisten (z. B. der Einsatz von internen Fallberatungen etc.).

Es werden folgende Punktzahlen vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Unzureichende Ausführungen	0
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	10
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	15
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	20
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	25
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	30

Die Punktebewertung erfolgt durch ein Gremium, das aus mehreren Vertreter:innen des / der Auftraggeber besteht. Es wird durch das Gremium eine einheitliche Punktzahl vergeben, die in die Wertung einfließt.

Die in den einzelnen Kriterien Nr. 1 bis 3 erzielten Punktzahlen werden addiert (Gesamtpunktzahl maximal 100).

Die **drei** bis **fünf** Bewerber:innen mit der höchsten Gesamtpunktzahl werden – bei ansonsten nachgewiesener Eignung – zur Abgabe von Erstangeboten aufgefordert.

Bei Punktgleichheit entscheidet das Los.

Anlage A.02: Zuschlagskriterien für Los 2

Die Wertung der Angebote erfolgt anhand folgender Zuschlagskriterien:

Kriterium	Maximal erreichbare Punktzahl
1. Preis (insgesamt max. 500 Punkte)	
Höhe des angebotenen Beratertagesatzes	400
Höhe des angebotenen Stundensatzes für die Maßnahmenumsetzung	100
2. Umsetzungskonzepte (insgesamt max. 500 Punkte)	
2.1 Persönliche Qualifikation der Projektleitung und der stv. Projektleitung	50
2.2 Fach- und Beratungskompetenz der vorgesehenen Fachberater:innen	150
2.3. Darstellung der Personalorganisation und -verfügbarkeit, des bundesweiten Projektmanagements und der Kommunikationsstruktur	50
2.4. Beratungskonzept	250
Maximal erreichbare Gesamtpunktzahl	1.000

Die Punktebewertung der Konzepte erfolgt durch ein Gremium, das aus mehreren Vertreter:innen des Auftraggebers besteht. Es wird durch das Gremium eine einheitliche Punktzahl vergeben, die in die Wertung einfließt.

Der Zuschlag erfolgt auf bis zu drei Angebote. Maßgeblich ist die von den Bieter:innen erreichte Gesamtpunktzahl, wobei Voraussetzung für den Verbleib eines Angebots im Wettbewerb die Erreichung von **mindestens 300 Punkten im Bereich 2 „Umsetzungskonzepte“** ist.

Für die einzelnen Kriterien / Unterkriterien gelten die folgenden Wertungsmaßstäbe:

1. Preis (max. 500 Punkte)

Gewertet werden die jeweils angebotenen Preise gem. Angebotsschreiben. Der Auftraggeber geht davon aus, dass der Beratertagesatz für ambulante Einrichtungen im Vergleich zum Beratertagesatz für Krankenhäuser und (teil-)stationäre Einrichtungen niedriger zu kalkulie-

ren ist, weil die Beratungsleistung aufgrund der Unternehmenscharakteristika ambulanter Pflegedienste (in der Regel handelt es sich um Kleinst- und Kleinbetriebe) niedrighschwelliger ausfällt und insbesondere keinen systemischen Beratungsansatz erfordert.

Der niedrigste angebotene Preis wird jeweils mit der möglichen Maximalpunktzahl bewertet. Für einen Wert in Höhe des Doppelten des niedrigsten angebotenen Preises und darüber werden 0 Punkte vergeben. Zwischen diesen Werten wird die Punktzahl durch lineare Interpolation ermittelt.

2. Umsetzungskonzepte (max. 500 Punkte)

Gewertet werden die konzeptionellen Ausführungen, die von den Bieter:innen zu den nachfolgend genannten Unterkriterien mit dem Angebot abgegeben werden. Der / die Bieter:in soll konkret erläutern, mit welchen Methoden bzw. welcher Herangehensweise die Erwartungen des Auftraggebers erfüllt werden sollen.

2.1 persönliche Qualifikation der Projektleitung (max. 50 Punkte)

Der Auftraggeber legt Wert auf umfassende persönliche Erfahrungen des / der vorgesehenen Projektleiters / Projektleiter:in im Bereich der Prozess- und Organisationsberatung und der Umsetzung von Maßnahmen zur BGF in Los 2.

Der / die Bewerber:in nimmt daher im Erstangebot ausführlich Stellung zu Art, Umfang und inhaltlicher Umsetzung der persönlichen Referenzprojekte des / der Projektleiter:in.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Unzureichende Ausführungen	0
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	10
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	20
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	30
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	40
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	50

2.2 Fach- und Beratungskompetenz der vorgesehenen Fachberater:innen (max. 150 Punkte)

Der Auftraggeber legt großen Wert auf eine Beratungs- und Methodenkompetenz zur Umsetzung des BGM-Prozesses von der Analysephase bis zur Evaluation. Wünschenswert sind ferner Kenntnisse und Beratungserfahrung in dem Setting der ambulanten Pflege sowie der Umsetzung von Maßnahmen zur BGF.

Das Beratungsverständnis der vorgesehenen Berater:innen muss – insbesondere unter dem Blickwinkel des Leistungsauftrages der GKV nach § 20b SGB V und des Leitfadens Prävention – deutlich erkennbar sein.

Der Auftraggeber legt Wert darauf, dass dieses Beratungsverständnis auf dem Ansatz der systemischen Organisationsberatung beruht. Aus dem Beratungskonzept müssen Beratungs- und Methodenkompetenz zur Umsetzung des BGM-Prozesses von der Analysephase bis zur Evaluation deutlich werden.

Voraussetzung ist ein Einsatz von Fachkräften mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium in den Fachrichtungen Public Health, Gesundheitswissenschaften, Gesundheitsmanagement, Psychologie oder Erziehungswissenschaften mit mindestens dreijähriger Beratungspraxis im BGM. Gleichwertig ist ein abgeschlossenes Studium der Sozial- oder Sportwissenschaften, sofern dieses einen gesundheitsbezogenen Schwerpunkt aufweist und ebenfalls eine mindestens dreijährige Beratungspraxis im BGM besteht. Für die Umsetzung von Maßnahmen zur BGF sind Kompetenzen in den Handlungsfeldern des Leitfadens Prävention erforderlich und einzubringen. Sofern eine Person diese Kompetenzen nicht mitbringt, ist im Einzelfall die Umsetzung weiterer Mitarbeiter:innen des Auftragnehmers möglich.

Der / die Bieter:in zeigt daher in seinem Angebot auf, welche Fachberater:innen er / sie im Projekt einsetzen will und über welche entsprechenden Qualifikationen, Kompetenzen und Erfahrungen die durch ihn für die Umsetzung des Projektes vorgesehenen Berater:innen verfügen.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Unzureichende Ausführungen	0
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	30
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	60
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	90
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	120
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	150

2.3 Darstellung der im Auftragsfall vorgesehenen Personalorganisation und -verfügbarkeit, des bundesweiten Projektmanagements und der Kommunikationsstruktur (max. 50 Punkte)

Der Auftraggeber legt großen Wert darauf, dass der zukünftige Auftragnehmer das Projekt mit qualifiziertem Personal besetzt, das für die gesamte Projektlaufzeit in ausreichendem zeitlichen Umfang zur Verfügung steht.

Bieter:innen sollen daher ihre bundesweite Personaleinsatzplanung unter namentlicher Benennung der jeweiligen Personen, ihrer jeweiligen Aufgaben und beruflichen Qualifikationen, der personenbezogenen Verfügbarkeit darstellen. Darzustellen sind insbesondere auch Vertretungsregelungen, Projektübergaben, Schnittstellen im Falle des Wechsels von Personal sowie die Einbindung von beauftragten Honorarkräften/freien Mitarbeiter:innen und festen Mitarbeiter:innen in einheitlichen Projektstrukturen. Es ist aufzuzeigen, wie der Auftragnehmer im Auftragsfall einen bundesweit standardisierten und qualitätsgesicherten Beratungsansatz umsetzen will.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Unzureichende Ausführungen	0
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	10
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	20
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	30
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	40
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	50

2.4 Beratungskonzept (max. 250 Punkte)

Der /die Bieter:in legt mit dem Angebot ein Beratungskonzept vor, aus dem sein Beratungsverständnis deutlich hervorgeht und das auf die besonderen Herausforderungen in dem Setting ambulanter Pflegedienst eingeht. Wie kann der betriebliche Gesundheitsförderungsprozess inhaltlich und zeitlich aussehen? Wie sieht der Beratungsstandard aus? Welche Analysemethoden und -instrumente sowie Auswertungsverfahren kommen zum Einsatz? Welche Maßnahmen hält der / die Bieter:in für möglich und umsetzbar? Wie können Individualität und Ganzheitlichkeit in diesem Prozess miteinander vereinbart werden? Wie wird der Leitfaden Prävention im Rahmen des Beratungskonzeptes berücksichtigt und umgesetzt? Wie wird vom Bieter die Kommunikation mit dem Auftraggeber geplant, welche Form der Projektdokumentation wird anvisiert? Wie werden klimarelevante Aspekte konzeptionell berücksichtigt?

Der / die Bieter:in soll in seinem Beratungskonzept zudem auf die in § 4 der Rahmenvereinbarung genannten Kriterien für die Vergabe der Einzelaufträge eingehen. Der / die Bieter:in hat durch entsprechende Ausführungen seine Beratungsschwerpunkte und –ansätze zu verdeutlichen.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Unzureichende Ausführungen	0
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	50
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	100

Vergabe von Prozess- und Organisationsberatungsleistungen im Bereich des BGM

Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	150
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	200
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	250

Anlage A.03: Informationen zum Datenschutz

A. Name und Kontaktdaten des/der für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens durch den Verband der Ersatzkassen e. V., Askanischer Platz 1, 10963 Berlin.

Der/die Datenschutzbeauftragte des/der Verantwortlichen ist wie folgt zu erreichen:

Datenschutzbeauftragte:r

Askanischer Platz 1

10963 Berlin

Datenschutzbeauftragte@vdek.com

B. Datenerfassung

Wenn Sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen, werden folgende im Teilnahmeantrag oder Angebot genannten Daten des Bewerbers/Bieters, seiner Mitarbeiter: in sowie sonstiger Personen (z. B. Ansprechpartner: in eines/einer Referenzgebers/Referenzgeber: in) erfasst:

- Anrede, Vorname, Nachname, (von Ansprechpartner: in)
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Angaben zur persönlichen Eignung (Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen)
- Vertragsbeziehungen

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis durch den Auftraggeber erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergabe-, haushalts-, steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten eine längere Speicherung verpflichtend ist oder die Betroffenen in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit a DSGVO eingewilligt haben.

C. Übermittlung an Dritte

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Der/die Verantwortliche gibt die personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- dazu nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit a DSGVO eine ausdrückliche Einwilligung erteilt worden ist,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen an der Nichtweitergabe der Daten besteht,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen erforderlich ist.

D. Betroffenenrechte

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfänger:innen, gegenüber denen die Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung der beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der beim Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten vom/von Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der/die Betroffene aber deren Löschung ablehnen und der/die Verantwortliche die Daten nicht mehr benötigt, der/die Betroffene diese jedoch zur

Vergabe von Prozess- und Organisationsberatungsleistungen im Bereich des BGM

Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;

- gemäß Art. 20 DSGVO die personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt worden sind, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an eine:n andere:n Verantwortliche:n zu verlangen;
- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem/der Verantwortliche:n zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können sich Betroffene hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

E. Widerspruchsrecht

Sofern personenbezogene Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Betroffene ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation umgesetzt wird. Zur Geltendmachung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an den/die Verantwortliche:n.